

Otto W. Teufel  
72076 Tübingen

Leserbrief

Stuttgarter Zeitung vom 08.06.2107: „SPD will Rentenniveau stabil halten“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Schulz ist mit der Aussage in den Wahlkampf gestartet, dass es in diesem Land nicht gerecht zugeht. Anstatt dem Rentenunrecht auf den Grund zu gehen, bekommt nun das Unrecht einen neuen Anstrich. Damit kann man 60 Jahre Ausplünderung der Rentenkassen, 60 Jahre Unwahrheit gegenüber den ursprünglich treuesten Wählern nicht aus der Welt schaffen. So blöd ist das Wahlvolk nicht, auch wenn Politik alles dafür tut. Die Reaktion der Wähler in den neuesten Umfragen, gleich nach der Vorstellung des neuen alten Rentenkonzepts spricht für sich.

Solange die SPD von der 60 Jahre alten (seit 1957) politisch motivierten Rentenlüge nicht abrückt und gleiches Recht für alle Bürger fordert und schafft, wird sie in diesem Land höchstens noch als Steigbügelhalter für die Union dienen, wenn sie denn gebraucht wird. Herrn Schulz empfehle ich, seinen Leitsatz zu modifizieren: "Es ist ein Unding, dass diejenigen, die den Wohlstand in diesem Land erarbeiten bzw. erarbeitet haben, im Alter schlechter gestellt sind als diejenigen, die diesen Wohlstand verwalten und verteilen."

Im Jahr 2005 hat die Bundesregierung in einer Bundestagsdrucksache bestätigt, dass die nicht durch Bundeszahlungen gedeckten versicherungsfremden Leistungen in RV, KV und AioV pro Jahr 65 Milliarden Euro ausmachen, 11 Jahre vorher waren es laut VDR 100 Milliarden DM (= 51,1 Milliarden Euro). Das ist unter Herrn Schäuble eher mehr als weniger geworden. Davon profitieren alle, die nicht in die SV-Kassen einzahlen müssen, insbesondere Personen mit einem hohen Einkommen wie Politiker, höhere Beamte und Richter. Denn die ungedeckten versicherungsfremden Leistungen sind eine Sondersteuer für Arbeitnehmer und Rentner, (immerhin mehr als 20 Prozent des regulären Haushalts), und ein gewaltiges Steuerermäßigungsprogramm für eben diese Politiker, höheren Beamten und Richter, zu Lasten der Zwangsversicherten.

Die demografische Entwicklung für die Rentenentwicklung verantwortlich zu machen, ist nicht nur schäbig, sondern auch falsch. Schließlich kommt die arbeitende Bevölkerung nicht nur für die Renten, sondern auch für die Pensionen von Politikern, Beamten und Richtern auf, sowie für die Ausbildung junger Leute. Eine Volkswirtschaft kann das verteilen, was die arbeitende Bevölkerung erwirtschaftet, unabhängig von der demografischen Entwicklung.

In einem anderen Zusammenhang hat Heiko Maas (SPD) von Schandtaten des Rechtsstaats gesprochen. Im Interesse unserer Kinder und Enkel kann man nur hoffen, dass die SPD möglichst bald zu dieser Einsicht auch bezüglich der Gesetzgebung und Rechtsprechung für das Rentenrecht kommt.

Die Probleme der Rentenversicherung und die damit wachsende Altersarmut sind politisch so gewollt, sie sind das Ergebnis von 60 Jahren politischer Gestaltung. Deshalb muss die Forderung an die Politik lauten: Endlich gleiches Recht für alle Bürger bei der Altersversorgung, entsprechend Artikel 3 GG, so wie es in allen anderen Ländern Europas der Fall ist.

Otto W. Teufel  
Tübingen